

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhafte Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon  
Nr. 451.

Telephon  
Nr. 451.

Dienstag, den 21. Februar 1899.

10. Jahrgang.

Nr. 44.

## Politische Übersicht.

### Bürgerliche Zeitungen.

Jeder Mensch ist in seiner Bildung, seinen politischen, religiösen und rechtlichen Anschauungen, den geistigen Triebfedern seiner Handlungen ein Produkt seines Milieus. Für jeden Anhänger der marxistischen Lehren ist dies Voraussetzung, daß sich deshalb zu untersuchen, welchen Faktoren es zuzuschreiben ist, daß sich in Dresden ein Schwurgericht fand, dessen nach bestem Wissen und mit bestem Gewissen gefällter Wahrspruch über eine Anzahl Arbeiters Strafen verhängte, deren erschreckende Höhe auf Jahre hinaus noch in dem Munde aller Arbeiter sein wird?

Wir glauben ja, ob dies breiter darauf hinzuweisen, das Musterland des technischen und ökonomischen Fortschritts, das Provinzland für landesgesetzliche und kommunale Reaktionspläne, so verschärfte Klassengegensätze und sommatisch und merkwürdige Vernichtungsversuche der modernen Arbeiterschaft zu verzwecken hat, daß deren Chronik schier unzählige, sich täglich vermehrende Seiten füllt, theils von tiefstrauriger Tragik, theils von grotesker Lachlichkeit bestellt. Denn so unzweifelhaft richtig dieser Hinweis ist, so sind doch bei Betrachtung des Dresdener Urteils noch zwei Umstände lokaler Natur zu beachten, mit denen wir uns für heute etw as beschäftigen wollen. Unter den 12 Geschworenen, die den Dresdener Wahrspruch fällten, befand sich kein industrieller Arbeitgeber; sieben derselben hatten sich dagegen bereits zur Ruhe gesetzt und zehn von den zwölfen hatten ihren Wohnsitz nicht in Dresden selbst, sondern in dessen Umgegend. Auch letztere Thatsachen stehen in unzähligem Zusammenhang, denn die lange Kette von Villenkolonien, die sich von Dresden aus in ländlich-schönster Gegend die Elbe aufwärts über Blasewitz und Loschwitz zu nach der sächsischen Schweiz und abwärts über Nadeburg, Rößchenbrücke etc. nach Meißen zu hinzogt, ist in Folge der nahen Kunst- und Residenzstadt, der ausgezeichneten Verbindung mit derselben, den billigen Boden- und Miethspreisen eine bevorzugte Ansiedelungsgelegenheit für Rentiers, pensionierte Offiziere, emeritierte Pastoren, privatierende Apotheker, Kaufleute, Aerzte und Fabrikanten, Landwirthe, die sich während ihrer Nothleidenschaft genügend Kleingeld gespart haben, um hier in Frieden ihre Tage zu beschließen. In diesen gesellschaftlichen Kreisen lebt der größte Theil der Geschworenen vom Dresdener Buchhausprozeß.

Sehen wir nun von den Personen der Geschworenen gänzlich ab und betrachten lediglich das Gesamtumfeld der Insassen jener Villenkolonien, so könnte es fast scheinen, daß diese lokalen Verhältnisse geeignet wären, weit eher in den Köpfen des Bürgerthums den Thatsachen entsprechende Auffassungen zu erzeugen über den Zusammenhang und die Berechtigung der Arbeiterbewegung mit und in der gegenwärtigen Geschichtsepoke, als dies beispielsweise in rein industriellen Gegenden der Fall ist, wo sich neben einer Ummasse elender Arbeiterhütten und Miethäusern die luxuriösen Paläste der Reichen breit machen. Und kann man nicht von Leuten, die in ihrer übergrößen Mehrzahl den ganzen Tag über wenig oder gar nichts zu thun haben, erwarten, daß sie sich in ihren politischen Überzeugungen nicht von der antisemitischen und konservativen Presse so völlig leiten lassen, daß sie nicht auf den Gedanken kommen, hinter jener vor unseren Augen zu solcher Größe und Macht emporgewachsener Arbeiterbewegung

### Meister Timpe.

53 Sozialer Roman von Max Kremer.

(Kapitel vorletztes)

Beide waren sich gleichzeitig über den Körper, fühlten den Puls, drehten den Kopf nach allen Seiten, tasteten auf dem mageren Körper nach dem Herzen — es war zu spät: Gottfried Timpe war erlosch von seinem Leben in ewiger Nacht, Schreien und Entsetzen hatten ihn getötet.

Sie richteten das Haupt hintenüber und blickten ihm mit verschwommenen Armen lange ins bleiche Antlitz, dann löste sich der grenzenlose Schmerz Johannes' in heiße Thränen auf, die durch keinen Laut entheiligt wurden. Die treue Ehehelfe setzte sich still bei Seite und schluchzte leise hinter ihren Händen.

Denn kam Krusemeyer mit dem Arzt, der nun seines letzten Amtes noch zu walten hatte. Und hinter den beiden zeigte sich auch das behelmte Haupt Liebegoits, der unverrichteter Sache nach dem Orte der That zurückgeführt war. Und als er nach einer Viertelstunde draußen auf der Straße Krusemeyer fragte, ob er sich die Gesichtszüge des Diebes eingeprägt habe, erwiderte dieser kurz und bündig:

Und wenn Du mich tödlichlässt, Liebegoit, ich kann es Dir nicht sagen. Es gibt Augenwölfe, wo der Mensch blind ist und nichts sieht. Und doch wünschte ich, der Schuft hing am Galgen, denn er hat nicht nur gestohlen, sondern auch gemordet . . .

XIII.

### Timpe's Versuchung.

Seit dieser Nacht ging Johannes Timpe wie ein verschlossener Menschen umher, der Gehörnahm anstreicht, weil er befürchtet, nach Dingen gefragt zu werden, die ihn in Verlegenheit bringen würden.

müssen doch stecken, müssen doch andere, müssen doch gewaltigere und in der unerbittlichen Logik der Thatsachen wurzelnde Triebfedern zu ergründen sein, als wie die oberflächlichen Seichbeuteile unserer Leiborgane vermuten lassen?

Schreiber dieser Zeilen, der selber fünf Jahre in einem jener Villenorte zubrachte und damals, als Angehöriger der bürgerlichen Klasse, gerade jene Kreise in ihren intimsten Regungen zu beobachten die schönste und ausgiebigste Gelegenheit hatte, kann versichern, daß hier auch nicht die geringste Spur von Verständnis für die berechtigten Forderungen der sozialdemokratischen Kulturbewegung zu finden ist. Die mit der mächtigen Entfaltung der Industrie in ganz Sachsen Schritt haltende Entwicklung der Sozialdemokratie hat die bürgerliche Opposition ausgeschaltet. Die wenigen privatierenden Freiherrnshänder sind Berliner Importen, und selbst die finden den Gipfel der Opposition im "Berliner Tageblatt" und schwören mit greisenhafter Begeisterung auf das Evangelium Arthur Bevohns. Welche verschwindende Rolle der Freiheit spielt, kann ziemlich illustriert werden, durch die Wahlen von 1893. Es wurden abgegeben an Stimmen in

Dresden I. d. Elbe 35.640, davon freisinnig 673.

r. = 34.565, = 327.

Gerichtsbez. 32.294, = =

Die politische Ideenwelt des Bürgerthums wird hier unbestritten von den Zimmermann und Liebermann beherrscht, die die Mehnert und Ackermann vor sechs Jahren ins parlamentarische Schattenreich schickten, um endlich, endlich im vorigen Jahre selber von den Vertretern der sächsischen Arbeiter in Wallothalla abgelöst zu werden. Neben dem ganzen politischen Horizonte des sächsischen Bürger- und Spielerthums schwiebt aber der Geist des Friedrichschen Verblüfften und gerade jene Kreise, die soviel Zeit haben, ihren Gedanken nachzuhängen, gelangen leicht durch die täglichen Suggestionen der christlich-konservativ-antisemitischen Presse zu einer blinden Götzenverehrung des die moderne Arbeiterbewegung aus tiefstem Herzensgrunde hassenen Kuraßierstiefelpolitikers.

So sehen wir auch hier in jenen üblichen Dingen den Geist des Klassenkampfs in der bürgerlichen Gedankewelt nicht minder an der Herrschaft als in den verbrauchtesten Industriezentren, obwohl gerade hier die speziellen Verhältnisse eine ungetrübtere und geklärtere Auffassung, eine gerechte Abwägung der sich entgegenstellenden Interessen ermöglichen sollten, die bürgerliche Ideologie ist hier ausgestorben. Ihr alleiniger Erbe ist die Sozialdemokratie. Sie hat bei der letzten Reichstagswahl die drei in Frage kommenden Dresdener Kreise erobert und es wäre zu verwundern, wenn dem nicht so wäre.

### Der Kampf gegen tote Revolutionäre.

In der Frage, ob der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin vom dortigen Magistrat durch ein Gitter und ein Portal mit einfacher Inschrift würdig hergestellt werden soll, ist nun mehr, nach viertmonatlicher Verzögerung, seitens der oberen staatlichen Behörde endlich ein Bescheid ergangen. Und was für einer! Es wird darüber berichtet:

Der preußische Minister des Innern hat in der Angelegenheit des Friedhofs der Märzgefallenen das Polizeipräsidium angewiesen, dem Magistrat die nachgesuchte Bauerlaubnis zu versagen.

Und prompt hat das Polizeipräsidium seinen Auftrag

an dem Tage bereits, an dem man die irische Hölle des Großvaters zu Grabe getragen, hatten Kamath, Depolder und Anton Mölte, die den Meister erst wenige Tage vorher gesehen hatten, sich gegenseitig ihr Erstaunen über sein verändertes Aussehen zugesäuert.

Er machte in der That den Eindruck, als wäre er plötzlich um zehn Jahre älter geworden. Die entsetzliche Entzündung, die ihm die letzten Worte Gottfried Timpes gebracht hatten, lastete wie das Bewußtsein eines selbstbegangenen Verbrechens auf seiner Seele. Am Tage des Begräbnisses war die Nachricht eingetroffen, daß Franz knall sei und das Zimmer nicht verlassen dürfe. Dafür hatte er einen großen Kranz gefunden, der dem Großvater mit in die Gruft gelegt werden sollte. Nun fand Johannes erst recht eine Bestätigung der Aussage seines Vaters. Trotz der Trauer war eine stumme Wuth bei ihm hervorgebrochen. Er hatte im Geheimen den Kranz in Stücke zerrissen und ihn mit den Fäusten zertragen.

Die ersten Wochen, die diesen Begebenheiten folgten, waren die entsetzlichsten in des Meisters Leben. Er schlich fast nur umher, betrat nur in den notwendigsten Fällen die Werkstatt und schloß sich stundenlang in seiner Arbeitsstube ein. Sprach ihn einer der Gesellen an, urt ihn nach etwas zu fragen, so schreckte er zusammen; und es bedurfte erst einer Wiederholung der Frage, um ihn aus der halben Verblüffung, in der er sich befand, zu erwecken. Alles in Allem bot er das Bild eines an Körper und Seele gebrochenen Menschen. Thomas Beyer meinte eines Tages, der Meister läge aus, als wäre er eine Weile lebendig begraben gewesen und wieder zum Leben erweckt worden. Wenn die anderen Gehilfen die Veränderung des Meisters dem plötzlichen Ende des von ihm so sehr geliebten Vaters zuschrieben, so war der Altknecht wie gewöhnlich anderer Meinung und blickte tiefer. Timpe hatte keine Elbe von dem nächsten Diebstahl erwartet, weil

ausgeführt. Der Polizeipräsidium richte an den Magistrat folgendes Schreiben:

Berlin, den 15. Februar 1899.  
Auf das durch den Stadtbaurath Hoffmann am 24. Mai vor. J. eingereichte Gesuch um Erteilung der Bauerlaubnis für den "Entwurf zum Eingang zum Friedhof der Märzgefallenen" erwidere ich der städtischen Baudeputation, daß die beantragte Bauerlaubnis verfügt werden muß. Wie aus den diesem Antrage vorhergegangenen Verhandlungen der städtischen Körperchaften und aus der Art, in welcher die Ausführung geplant ist, hervorgeht, bezweckt das Bauwerk eine Ehrengabe der dort begrabenen "Märzgefallenen", mithin eine politische Demonstration zur Verherrlichung der Revolution, die aus allgemeinen ordnungspolizeilichen Gründen nicht gestattet werden kann.

von Windheim.

Die Politik der Kleinigkeit wird also fortgesetzt. Nachdem man alle Register gezogen, um die Berliner Stadtverwaltung zu einem Verzicht auf die Konserivation der Ruhestätte der Märzgefallenen zu bewegen, nachdem selbst der neue Oberbürgermeister dafür bühen mußte, daß der Märzgefallenen auch in der Inschrift Erwähnung gehabt werden soll, kommt man jetzt, und will die ganze Bauausführung verbieten.

Das letzte Wort in der Angelegenheit ist noch nicht gesprochen; der Berliner Magistrat will gegen die obige Verfügung die Klage beim Bezirksschultheiß erheben. Wie die Entscheidung ausfällt, wer weiß es! Aber es ist auch gleichgültig: die preußische Regierung hat durch ihr Verhalten das im Herzen des Volkes gegründete Denkmal der Märzgefallenen wirkungsvoller erneuert, als es der Berliner Magistrat vermocht hätte.

Weiter wird zu der Angelegenheit berichtet: Gegen eine einfache Umfriedung des Kirchhofes im Friedrichshain, selbst unter Bezeichnung der Grabstätte als "Friedhof der Märzgefallenen" würde, so lautet die obrigkeitliche Entscheidung, nichts einzutwerden sein; die beauftragte Ausführung eines Portales aber sei nicht gestattet.

Die Kinder der Märzgefallenen im Friedrichshain wurden übrigens am letzten durch schönes Wetter begünstigten Sonntag von Tausenden besucht. Das ist die Antwort des Volkes auf die weise Entscheidung der Behörde.

### Chronik der Gewaltthärtigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Buchhaus-Kurf.)  
Wegen Misshandlung eines zu Unrecht verhafteten Schriftschrägers hatte sich vor der Essener Strafkammer, wie uns von dort berichtet wird, der Schriftsteller H. Kampf, früher in Essen, jetzt in Bremen, zu verantworten. Es wurde festgestellt, daß der Bürgerschäfer den Schriftschräger auf dem Wege zur Wache ohne den geringsten Anlaß dermaßen wiederholts ins Gesicht geschlagen, daß Blut aus Nasen und Mund floß. Das Gericht war der Ansicht, daß er wegen seines festen Zusatzes bei der Verhaftung nicht straffällig sei, weil er sich im Freiheit befand, aber es hätte kein Grund zu der Misshandlung auf dem Wege zur Wache vorgelegen. Wegen seiner Unbescholtenheit und der begreiflichen Eregung bei der Affäre hätte man die Frage auf mildere Umstände bejaht. Das Urteil lautete auf 75 Mark Geldstrafe.

**Deutsche Freiheit.** Mit drei Wochen Haft ist bekanntlich durch Verfügung des Sondershäuser Landrats Ebelsberg der Arbeiter Will in Großenhain wegen Betretens des Rathskellers bestraft worden. Er hat die Strafe verbüßt und jetzt ist ihm aufgegeben worden, die durch die verbüßte Haft entstandenen Kosten von 17,86 Mk. binnen drei Wochen bei Weidung der Zwangsvollstreckung zu bezahlen. Der Mann

aber hatte Beyer von Krusemeyer davon erfahren, wenn auch der Wächter ihm ebenfalls die Geschichte von dem "heruntergekommenen Kerl" erzählt hatte. Am auffallendsten war es Beyer, daß über den nächstliegenden Vorfall keine Buße erthatet wurde. Als er Krusemeyer seine Verwunderung darüber aussprach, meinte dieser, Timpe wolle keine Scherereien haben; umso weniger, da er keinen Schaden erlitten habe, denn es sei nichts geschlossen worden. Der Meister habe auch erklärt, er könne an die Wirklichkeit des Vorganges gar nicht glauben, er müsse Alles für eine Vision oder einen bösen Spuk halten.

Und Visionen hatte Timpe auch am hellen Tage. Wo er ging und stand, sah er den Großvater in seinen letzten Augenblicken: wie er mit halberlosinem Auge nach der Thür deutete, vor der er zusammengesunken war — hörte er ihn die furchterliche Ansage aussprechen: "Dein Sohn, ein Dieb!" Und dieses letzte Wort gelte dem Meister in tausend verschiedenen Tonarten entgegen: Fröhlich, wenn er sich von seinem Lager erhob, der ganzen Tag über, des Abends, wenn er sich zur Ruhe legte und des Nachts, wenn er aus wilden Träumen erwachte. Einstmals hatte er im Schlaf laut um Hilfe gerufen, so daß Karoline bestürzt, Nacht wachte und vor Furcht zitternd ihn wachte. Als er die Augen aufschlug, war er förmlich in Schweiß gehabt. Es war ein schlimmer Traum gewesen: Die Polizeibeamten hatten seinen Sohn gefesselt, um ihn als Verbrecher ins Gefängnis zu führen und er wollte sich Dem mit Gewalt widerlegen. Schließlich packte man auch ihn, um ihn wegzu führen. Die Gestalt habe ihm im Schlaf die Zunge gelöst.

Die Steinigung an dieser Strafanstalt wirkte mir noch niederschlagender auf ihn, denn es hatte ihm die ganze Besorgtheit seines Sohnes verkörper vor die Augen geführt. Was er am meisten befürchtete, war, daß irgendemand seinen Sohn in jener Nacht erkannt und daß sein Name dadurch öffentlich entzettet werden könnte.

(Fortsetzung folgt.)

schreibt an die sozialdemokratische "Tribüne", ob er denn zum Verbrecher werden soll? Woher das Geld nehmen und nicht stehlen?"

Das ... und doch Zustände, auf die wir im Lande der gesicherten Rechtsgarantien stolz sein dürfen?

## Ausland.

### Zur Präsidentenwahl in Frankreich.

Aus Paris wird unserem Leipziger Bruderorgan über die Wahl Loubet's zum Präsidenten berichtet:

Das Schlimmste ist abgewendet worden. Dank der Glaugung aller wirtschaftlich republikanischen Elemente, von den sozialistischen Abgeordneten bis zu den großbürglerischen Senatoren, zieht ins Objekt ein Mann der klerikal-chauvinistisch-prätorianischen Koalition ein.

In dieser negativen Form läßt sich am besten die Bedeutung der Wahl Loubets kennzeichnen. Das Beste an dieser Wahl ist in der Tatsat die Verbindung d. Wahl Melines. Dieser, durch seine skrupellose Heuchelei und zielbewußte reaktionäre Gefinnung gefährliche Führer der Ordnungs- und Unordnungsparteien, düßt verhindern kann, daß seine zweijährige Regierungszeit mit der Hilfe und im Interesse der Feinde der Republik. Selbst die großbürglerischen Senatoren, die seiner Zeit recht eigentlich Meline als Ritter gebracht hatte, wollen von seiner Kandidatur nichts wissen. Wieder der bestehenden Ordnung, also auch der bestehenden Republik, fürchtete der Senat die Präsidentschaft Melines als eine neue Gefahr für die Republik.

In der gegebenen Lage ist Loubet der bestmögliche freilich lebenswerte Nachfolger Faure. Man kennt die Politik des verhinderten Präsidenten. In allgemeinen Fragen hält er weiter, desto offener zu den reaktionären Parteien, deren Unterstützung er seine Wahl verdankte. Und gut in der Revisionfrage war es ein Handlanger des Generalstabs trotz Cavagnac. Bekanntlich hatte Faure dafür auch seine ganz intimen persönlichen Gründe. Er lebte unter der beständigen Drohung seitens der Klerikalen und Antisemiten, seine Familiengedächtnisse dokumentarisch auszutragen. Mit dem Tode Faures verschwand, verließen die Klerikale-Antisemiten die ganze Kraft, die sie in ihrer Expropria-  
tion auf den Präsidenten ausübten. Ein unerlegbarer Verlust! Und der Militärrümpf verlor in Faure einen höchst wertvollen Helferhelfer, der, abgesehen von seiner Furcht vor den Klerikalen Enttäuschungen, ebenso wie Dubois an der Bereitstellung der Kreuzfahrten interessiert war — als ehemaliger Minister im Kabinett Dupuy zur Zeit des Dreyfus-Prozesses.

Loubet würde in seiner Beziehung der bisherigen seines Amtes vorgängen werden. Am Beginn zu Faure, der gewählte der Republikaner eindeutig der Sozialisten. Kann er nicht zum Vertreter der Reaktion werden. Ueberdies ist er seit 1892 der führende Politiker ganzlich vertrieben und gehört seiner Vergangenheit nach dem kleinen Kluge der Bourgeoisiepublizisten an. Es mag erinnert werden, daß er 1892 als Ministerpräsident des Saarstaates im Koblenzgraben von Cartena übernommen und den Konflikt zur Zuständigkeit der Amtsbehörde entzogen.

Neben seine Stellung zu den Klerikalen kann es keinen Zweifel geben. Er hat noch etwas — einige sagen: viel — von der emanzipatorischen Erfahrung der älteren republikanischen Generation beobachtet. Dergleichen ist es ein Gewissnis für die Republik, daß der neue Präsident absehnlich mehrzialistische Regierungen und keine Lazarus-Gesellschaften befürchtet. Er steht recht wenig mit die jüdische Meinung der Bourbourg-Schul-Germain (familialmonarchistische Freunde) halten.

Recht als er bei einer freilich Loubet nicht geben. Über den Präsidenten der französischen Republik hat genügt gegeben, wenn er sich irgend in seiner Rolle eines unverantwortlichen Bildes von neuen Kämpfern bilden.

Am Sonntag vertrat die Reaktionäre an verschiedenen Stellen in Paris einen Hebeleffekt, der zu vielen Verhaftungen führte. Die Ruhe ist jetzt wieder völlig hergestellt, doch bleiben die zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Maßregeln noch weiter in Kraft. Die Gesamtzahl der vorgenommenen Verhaftungen beträgt 160; davon wurden 60 aufrecht erhalten.

Die Büros der vier republikanischen Gruppen des Senates traten heute Nachmittag in gemeinsamer Sitzung zusammen und beschlossen, da die Regierung eine Anfrage über die Ausdehnungen eines Sonnabends und über die Maßregeln zu richten, die sie zu ergreifen gedenkt, um die Ordnung in den Straßen aufrecht zu halten und die Achtung vor den bestehenden Gelehrten zu gewährleisten.

Dem "Figaro" folgte darauf Präsident Loubet bezüglich der feindlichen Rundgesprächen zu einer bevorstehenden Peripherie:

"...daß alles gleich einer Herausforderung, ich nehme sie an. Ich habe keinermaßen gewünscht, unter den gegenüberliegenden Umständen Präsident der Republik zu sein. Die nur mich gekennzeichnet haben, können auf mich rechnen. Sie haben zunächst von meiner Güte gesprochen, ich werde sie durch meine Eiderkandheit in Stimmen legen." So erklärte Loubet zahlreichen Zeitungen gegenüber, niemand habe das Recht, ihn einen Diktator oder Tyrannen zu nennen, er sei mit der Mehrheit des Volkes für die am Gerechtigkeit beruhende Republik.

Der Korrespondent der Breslauer "Neuen Freien Presse", Dr. Gründner, ist ausgewiesen worden; die provisorische Regierung hat ihm mitgeteilt, die Ausweisung erfolge wegen der allgemeinen Leidenschaft seiner zu Gunsten der Republik gegen die Generalstäbler geäußerten Sprüche. Die "Süddeutsche Presse" hat Sitzungen Gründner und verlangte seine Entfernung, konnte diejenige nach anderer Rücksicht bewahren. Dr. Gründner hat 48 Stunden Zeit erhalten, um seine Sachen zu packen.

## Zum Bombenanschluß.

Der "Som. Blz." liegt der am 11. Februar in Paris aufgegebene "Gazette des Comptes" vor, aus dem zu ersehen, daß das Strafgericht in Altonaen am 7. Februar sämtliche unter dem Verdacht des Bombenanschlags gegen den britischen Kaiser verhafteten Personen in aller Form freigesprochen hat.

Die Ausschüsse des "Gazette des Comptes", eines britischen Staates, laufen:

Was die Angeklagten mögen ist unbekannt, da der Prozeß gegen sie nicht geschieden ist. Die Angeklagten sind alle von der polizeilichen Behörde aufgegriffen worden und verhandelt werden im Strafgericht. Der Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, da die Angeklagten noch nicht verurteilt werden. Da die Angeklagten noch nicht verurteilt werden, so kann der Prozeß nicht abgeschlossen werden.

Geschichte hergegeben hat, die Anklage wegen wissenschaftlicher Aufschuldigung erhoben worden ist, und es ist zu hoffen, daß der Prozeß, der jetzt gegen diesen Ehrenmann geführt werden wird, etwas Licht in diese in manchen Punkten noch recht dunkle Angelegenheit bringt. Die Art und Weise der Entdeckung des Komplotts, wie sie die Verhandlungen zu Lage förderten, ist folgende: Eines Tages erschien ein Arbeiter in der Weinluke des Ago-Bartini, des Hauptangestellten, und verlangte ein Glas Wein. Nachdem er es getrunken hatte, bat er, daß man ihm eine kleine Rente, die er bei sich trug, aufheben möge, bis er zurückkäme, wozu sich Bartini auch willig bereit erklärte. Nach einer Stunde — die Rente stand noch auf dem Platz, wo sie der Arbeiter gelassen hatte — erschienen der italienische Botschafter und Politiker unter Führung des erwähnten Denunzianten, belegten die Rente, in der sich, als man sie öffnete, in der That eine Bombe vorsah, mit Beifall und verhafteten Bartini und später noch zwölf andere Italiener. Wie weit war des Lobes wohl über die Wachsamkeit der englisch-egyptischen Polizei, die einen Mordanschlag verhütet und vielleicht dem deutschen Kaiserpaare das Leben gerettet habe, bis sich schließlich die Wahrheit herausstellte.

Was sagt Minister v. d. Recke nun? Am 23. Januar erklärte er im Abgeordnetenhaus: "Leider muß ich hier konstatieren, daß dieser Angelegenheit ein sehr ernstes Faktum zu Grunde liegt." Nach den Mitteilungen des "Egypt. Kur." wird Minister v. d. Recke mit der Mitteilung dieses ernsten Faktaums nicht mehr zurückhaltend können.

## Zur Lage in Ungarn.

In Ungarn ist das Kabinett Banffy zum Anfang gebrochen. Das zwei Monate dauerte sein Todeskampf. Als unmittelbarer Grund der Demission Banffy wird angegeben, daß der Kaiser die von Banffy gewünschte Auflösung des Abgeordnetenhauses zurückwies.

Mit der Neubildung des Kabinetts ist in der That Koloman Szell beauftragt worden. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Wien: Der Kaiser benannte Koloman Szell zum Ministerpräsidenten und betraute denselben mit der Kabinetsbildung. Szell nahm die Mission an und wird sich Dienstag früh nach Budapest begeben, um die vorerst südländischen Kompromiß-Verhandlungen mit der Opposition wieder aufzunehmen. — Der neue Ministerpräsident ist 56 Jahre alt, er war von 1875 bis 1879 Finanzminister. Sicher bekleidete er den Posten eines Präsidenten der Ungarischen Arbeitbank in Pest.

## Deutscher Reichstag.

Der Reichstag verhandelt gestern zunächst über die erste Gruppe von Wahlprüfungen, welche die Wahlprüfungscommission erledigt hat. Für ungültig wurde vorläufig noch kein einziger Mandat erklärt, nur zwei Mandate wurden bestimmt: die Wahl des sozialdemokratischen Abg. Sachse und die Wahl des gegen einen Sozialdemokraten gewählten rechtsradikalen Abg. Kötter. Beide Bezeichnungen werden wohl schließlich zur Ungültigkeitsklärung geführt.

Dann wurde die unter dem Namen lex Salisch bekannte Initiativorelle beraten, die sich an den konservativen Initiativortrag Salisch aus den Vorjahren eng anschließt. Die Vorlage will die Zahl der Nachwahlen erhöhen und geht von dem ganz richtigen Gedanken aus, daß bei uns heute viel zu viel gezwungen wird.

Über den Bericht des Ausschusses gehen die Ansichten der Juristen auseinander.

Für schädlich halte ich den Nachwahl gerade nicht, aber ich halte ihn auch nicht für eine befriedigende Reform.

Die Regierung hält ihn wohl auch nicht dafür; sonst hätte sie diese Forderung seinerzeit in die Billprojektkordnung aufgenommen.

Ebenso wenig verspreche ich mir von der Einführung der Nachwahldreibung.

Die Hauptfrage bleibt, daß der Richter es für seine Pflicht hält, den einzelnen Zeugen auf die Wichtigkeit der Eidesleistung hinzuweisen.

Die Strafbestimmung gegen unrechtmäßige Aussagen ist eine nothwendige Folge der Einführung des Nachwahls.

Die Vorlage verzögert die Einführung in Billprojektkordnungen. Deshalb ist ihre Einbringung bedauerlich. Mit der Überweisung an eine Kommission erklärt ich mich einverstanden. (Beifall)

Staatssekretär Nieberding: Für das Einbringen der Vorlage waren 3 Gesichtspunkte maßgebend: 1) die Annäherung an die Militärstrafprojektkordnung, die in ihrer jetzigen einheitlichen Regelung der Nachwahl bereits enthält. Allerdings ist die Einführung der Verufung eine ungleich wichtige Reform. Aber es handelt sich darum, den Widerspruch, den das Volk bei der verschieden Behandlung des Eides empfindet, zu beseitigen; 2) hätte die Regierung den Entwurf nicht eingeführt, so wäre er aus der Mitte des Hauses immer wieder eingeführt worden. Eine beständige Diskussion über diese Materie beeinträchtigt die Vorstellung von der Heiligkeit des Eides; 3) müßte dem Wahlehe des Reichstages Rechnung getragen werden, der sich bereits in der vorigen Session mit großer Mehrheit für den Nachwahl entschieden hatte. Ich hoffe, daß der Reichstag in kürzester Frist sich über diese Vorlage aussprechen können wird.

Abg. Kirsch (Gentr.) Von den drei Gesichtspunkten, die der Herr Staatssekretär vorgebracht hat, interessiert mich der letztere am meisten. Offenkundig befolgt die Regierung von jetzt an stets die Praxis, den Wunschen des Reichstages die Einführung zu tragen; z. B. auch bei Aufhebung des Schutzengegesetzes. (Ausführung der Pläne i. S. w.) Um liebhaben schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Bässermann durchaus an.

Abg. Müller-Schaumburg (ref. Vo.): Meine Freunde stehen der Vorlage sympathisch gegenüber. Zur schnelleren Erledigung wäre es aber gut, wenn die Vorlage nicht der bestehenden Justizkommission, sondern einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen würde.

Beider vermissen ich in der Vorlage die Erfüllung eines schon lange von liberaler Seite gehegten Wunsches: Die Befreiung des Zeugniszwanges für die Presse. Der Redakteur, der bei Gelegenheit eines Strafantrahns vertrauliche Mitteilungen preisgibt, gilt mit Recht als unehrenhafter Mensch. Das Geetz darf einen ehrenhaften Menschen nicht zu einer unehrenhaften Handlung zwingen. Ich hoffe, daß sich in der Kommission eine Mehrheit für die Befreiung des Zeugniszwangs befindet.

Abg. Dr. Herzfeld (Sgd.): Auch wir sind für die Überweisung der Vorlage an die VI. Kommission. Diese Vorlage, welche im gerichtlichen Verfahren die Wahrheit fordert, sollte zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Kraft treten. Da wäre es an der Zeit, den Eid zu dem zu machen, was er sein soll: Ein rein sauberes Mittel zur Beförderung der Wahrheit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dem Eid sollte sein kirchlicher Charakter genommen werden!

Einmal will ich Ihnen ansprechen, um zu illustrieren, wie es mit der Heiligkeit des Eides in der bürgerlichen Gesellschaft steht.

Ein Soldat wird vor Gericht gefragt, ob er Sozialdemokrat sei.

Er bekennt das der Wahrheit gemäß. Als er in sein Militärgerichtsamt zurückkehrte, wird er um von Gericht gestellt, weil er zu gegeben hat, daß er Sozialdemokrat sei. (Hört, hört!) Daraus folgt, daß es nicht erlaubt sein darf, vor Gericht nach der politischen Heiligkeit eines Menschen zu fragen (Sehr wahr! links), daß eine Beleidigung in die Vorlage aufgenommen werden muß, durch die dem Richter diese Frage ein für alle Mal untersagt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Es ist selbstverständlich, daß wir dieser Vorlage infofern beitreten, als es dem Gedanken ausdrückt steht, daß der Zeuge nach seiner Vernehmung vereidigt werden soll. Es wird zur Förderung der Wahrheit viel mehr beitragen, als der Abg. Bässermann zugegeben hat, wenn wir den Nachwahl an Stelle des Votandes haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir müssen das Menschenmaterial wissen wie es ist. Die Zeugen im Strafrecht sind meist Deutsche, die weniger Bildung besitzen, die nicht daran gewöhnt sind, über Theologien klug und genau aufzuzählen. Wenn ein Mann auch mit dem besten Willen vor Gericht kommt, die Wahrheit zu sagen, so wird er oft schon dadurch natürlich, daß man ihm sofort sagt: "Sie sind schief! Sie sind schief!" Daß die Wahrheit liegen will. Dazu kommt noch das ungewöhnliche Lusttreten vor Gericht. Es ist kein Wunder, wenn er verwirkt wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das gleichzeitige Vereidigen vieler Zeugen hat für uns nur die Bedeutung, daß das Gericht dadurch mehr Zeit zur gründlichen Vernehmung gewinnt.

Doch das sind Wiss. Meinigkeiten. Wir müssen die Gelegenheit benutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Vorlage soll nicht am Ende der Strafprozeßkordnung abgeschlossen werden, sondern am Anfang.

Abg. Dr. Bässermann (ref. Vo.): Ich möchte die Gelegenheit ausnutzen, um tiefer in die Projektkordnung einzudringen. (Sehr richtig! b. d. Soz

Abteilung Roschmanns führten, aber, ohne die Quellen zu nennen und diese Quellen sind in Wahrheit die Leute, von denen der Berliner Polizeipräsident zugegeben hat, daß unter ihnen zahlreiche mit Zuchthaus bestraft Subjekte sind. Weiter muß der Kreis der verlorenen erweitert werden, die Dinge, welche sie in einem vertraulichen Verhältnis erfahren haben, nicht unter Eid auszulösen brauchen. Dazu gehören die Redakteure, Drucker, Verleger, die über die Autorität eines Artikels befragt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dahin gehören auch die Personen, die etwas belunden müssen, was ihnen selbst oder einem ihrer Angehörigen zur Unzucht gereichen würde. Der Entwurf stellt ja nun einige neue Klassen von Personen auf, die in Zukunft nicht mehr vereidigt werden sollen: Erstens die, deren Aussagen nach vereinstimmiger Ansicht des Gerichts offenbar unrichtig oder unechtlich sind, und solche, deren Aussagen vom Gericht und den Parteien für wahr gehalten werden. Die leichte Bestimmung ist mit sehr sympathisch, die erste nicht. Ich will noch auf etwas Anderes eingehen, was damit in Verbindung steht. Es sollen Personen, die in nicht vereidigten Aussagen die Unwahrheit erklagt haben, wenn mildernde Umstände vorliegen, nur mit Geldstrafen bestraft werden, im andern Falle mit höchstens 6 Monaten Gefängnis; freilich mit Geldstrafen bis zu 1000 Ml. Darin spricht sich die Erfahrung aus, daß die Eidesgezegebung, wie wir sie jetzt haben, große Schwächen hat. Unsere Eidesgezegebung mühte in Bezug auf die Aussagen, die feierlich beschworen sind, dahin zu präzisieren, daß bei unerheblichen Dingen nicht auf Zuchthaus, sondern auf Geldstrafen erkannt wird. Auch in Bezug auf die Freiheitlichkeit der Aussagen sollte die Eidesgezegebung umgedeutet werden.

Der Entwurf stellt ferner den Grundsatz auf: Was der Geschäftshof einflügig für unwahr hält, soll als unwahr gelten. Die Einflügigkeit des Gerichts ist aber heutzutage leicht zu erreichen. Unsere Richter gehören alle der Bourgeoisie an. Sie sind einseitig erogen und können nicht erkennen, daß die Arbeitersklasse auch eine gleichberechtigte ist, daß die Arbeitersklasse auch eine Klasse mit bestimmtem Ehrgesetz, mit bestimmten Ehrgesetzen ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Bürgermeister von Greifswald (unterbrochen): Es muß die Wahrheit sein! Der Herr Redner über den deutschen Widerstand spricht, für parlamentarisch nicht zulässig erklären. (Große Bewegung. Abg. Antritt: Unerlaubt! Besitz rechts.)

Abg. Herzfeld (fortfahren): Wir wissen nicht, wer im nächsten Jahrhundert der Reichsfeind sein wird. Wir müssen daher eine neue Bestimmung durchaus Verwahrung einlegen. Der Entwurf will diese Magregel nun gar noch auf die Schwurgerichte ausdehnen. Das ist eine indirekte Herabdrückung des Schwurgerichts. Wir sind nun zwar keine Bewunderer des heutigen Schwurgerichts, das von Angehörigen der Bourgeoisie gebildet wird, aber es enthält doch innerhalb die Keime zu einem wirklichen Volksgericht.

Durch Seize können wir überhaupt nicht die Erforschung der Wahrheit fordern. Sorgen Sie dafür, daß das Volk auf eine höhere Kulturstufe gelangt, dann wird das Volk auch eine höhere Sittlichkeit erreichen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts.)

Abg. Graf Bernstorff (Reichsp.): Der Herr Vorredner wollte den religiösen Eid überhaupt ablehnen. Selbst unter den Sozialdemokraten dürfte es aber nur wenige geben, die an keinen Gott glauben. (Heiterkeit links.) Redner schließt sich dem Antrag auf Überweisung an die Justizkommission an.

Abg. Riff (Hosp. der pf. Bdg.): erklärt sich für den Nachdruck gegen die Massendvereidigung, die die Heiligkeit des Eides herabmündet, und gegen die Ausschließung der Bevölkerung, die für den Zeugen zu Unzulänglichkeiten führt.

Abg. von Sestini (son.): Die Nichtvereidigung richtet sich nur gegen eine bestimmte Zeugenaussage, nicht gegen den Zeugen überhaupt schädigt diesen also keineswegs.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird der Justizkommission überwiesen. Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Dienstag 1. Uhr. (Stat der Reichsjustizverwaltung, des Reichstages, des Reichsgerichts, des Reichskriegsministeriums u. A.)

Schluß 5 Uhr 30 Min.

## Preußischer Landtag.

Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigt sich heute mit dem Stat der Justizverwaltung. Zuerst regte der national-liberale Abg. Nölle eine Herabminderung der Strafe des Gerichtsfoltergesetzes namenlich in seinen höheren Strafen an. Minister Schönstedt sagte die Befriedigung der Wünsche des Redners und vertrieb auch auf eine Anregung des freikonservativen Abgeordneten Krause eine mildere Handhabung der Ausführungsbestimmungen zum Stempelsteuergesetz. Beide Anträge berührten Wünsche der bestehenden Klassen. Der Zentrums-Abgeordnete Pleß und der freisinnige Abgeordnete Riedert traten für die Befreiung der Konkurrenz der Gefangenearbeit gegen die freie Arbeit ein und regten eine stärkere Heranziehung der Strafanstaltsinassen zu Landes-Meliorationsarbeiten an. Auch hier sagte der Minister die Erledigung der Beschwerden zu. Dann kamen die Wünsche der Gerichtsvollzieher an die Reihe, die der freisinnige Abgeordnete Dräger zur Sprache brachte. Den Gerichtsvollziehern ist eine gemeinschaftliche Petition an das Abgeordnetenhaus unterlegt worden. Der freisinnige Redner hielt diese Verfügung für einen Eingriff in das verhältnismäßige Petitionsrecht der Beamten, während der Minister seine Entscheidung vertheidigte. Der Abgeordnete Schmitz-Düsseldorf brachte die vielen Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung zur Sprache und wünschte, daß die Staatsanwälte größere Voricht bei Erhebung solcher Anklagen walten lassen mögten. Der Minister bestritt, daß die Zahl der Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung zugnommen habe. Er habe die Staatsanwälte angewiesen, gerade bei Anklagen wegen Majestätsbeleidigung mit besonderer Sorgfalt zu prüfen, ob die Denunziation nicht aus unlauteren Motiven erfolgt wäre. Die libtizien Gegenstände der Unterhaltung waren unweinlicher Natur. Die alten Klagen über die Überlastung der Richter, die Beschäftigung der Assessoren als Hilfsrichter etc. gaben das Thema ab. — Morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

## Partei-Angelegenheiten.

In der unverschämtesten Weise gelegen hatte der Redakteur Blatta in Lippe, indem er die Behauptung aufgestellt hatte, er sei vom dortigen Amtssekretär Müller in dessen Bureau mit einem Stock blutig geschlagen worden. Verschiedene Redakteure sozialdemokratischer Blätter (auch der der "Volksstimme"), ebenso der Korrespondent Genosse Dr. Winter in Königgrätz, wurden auf Antrag des Amtssekretärs wegen Belästigung bestraft. Genosse Huse, Redakteur der "Bergerbeiter-Zeitung", hatte die betreffende Kugel auch zum Abschluß gebracht. Als er es sah, daß Blatta gelegen, brachte er in seinem Blatt freiwillig eine Rückstellung. Es wurde wieder angeklagt und von der Bochumer Strafammer zu 150 Mark verurteilt. Gleichzeitig kam der Rechtsberater der Rechtsanwaltschaft zur Überprüfung; er erhielt sechs Monate Ge-angriff.

Gründung einer Saalbau-Genossenschaft haben die Gründer der Partei genommen beschlossen. Die Vorlage müßte, so wurde in der konstituierenden Versammlung bestimmt, einer energischen Regelung entgegengesetzt werden.

## Aus aller Welt.

Der Circusdirektor Ernst Renz ist, wie das Berliner Tageblatt erfährt, entmündigt worden. Ernst Renz, ein Neffe von Franz Renz, gab zuletzt in Antwerpen Circusvorstellungen.

Ein schreckhares Raubmord ist in der Nacht zum Sonnabend nach der Nordb. Bdg. an der wohlhabenden Delonome Familie Müller in Oldesleben verübt worden. Man fand am Sonnabend Morgen Vater, Mutter und 2 Kinder im Bett mit durchbohrten Hals und Stichwunden bedingt vor. Vater, Mutter und das ältere Kind gaben noch schwache Lebenszeichen von sich, das jüngste Kind ist tödlich auf Erhaltung des Lebens der erschöpften ist nicht vorhanden. Der Geldbörse ist völlig ausgeraubt; über die Höhe der geraubten Summe ist noch nichts bekannt. Auch eine Spur von den Thätern oder dem Thäter hat man noch nicht.

Eine Säbelaffäre spielt sich in der Nacht zum Sonnabend zu Wien in einem Vergnügungslöfale ab. Ein Infanterie-Offizier schlug mit dem Säbel auf einen Civilisten los, der ihn angeblich beleidigt hatte, und verletzte Letzteren leicht. Die Soldaten nahmen daraufhin eine drohende Haltung gegen die anwesenden Offiziere an, doch verhinderte die Polizei größere Ausschreitungen. In Neutra (Ungarn) schlug der Vereinsobmann des katholischen Vereins in Folge eines Wortwechsels den Honvéd-Oberleutnant Ferencz auf einem Balle. Der Offizier erhob sich.

Bei dem Einmarsch von zwei Neubauern wurden am Sonnabend in Antwerpen zehn Arbeiter unter den Trümmern begraben. Ein Todter und vier Schwerverwundete wurden bereits geborgen. Eine Bombe explodierte nach dem "Berliner Tagebl." auf dem Bahnhof in Bredig im Gepäckwagen. Der Wagen wurde zertrümmer, drei Beamte verwundet, einer schwer. Nach anderen Mitteilungen war es nicht eine Bombe, sondern eine Kiste mit 1000 Knallpatronen, die auf dem Bahnhof explodierte.

## Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 21. Februar 1899.

Für die Dresdener "Zuchthäusler"

gingen bei uns ein: Von neun Kollegen der Möbelfabrik Malentomiz 3,40 Ml., L. D. 1 Ml., W. Palmfar., 2 Ml., Wolstein'sche Zigarrenfabrik (3) 2,30 Ml., mehrere Tapizerier 3,50 Ml., C. T., durch Czecay, 0,50 Ml., organisierte Korkarbeiter 5 Ml., Schmiedeherberge, Posenerstraße, 1,35 Ml., Schlosser und Klempner der Fabrik Gebr. Hoffmann, 1. Rate, (45) 18 Ml., Auguste Jungenthaler 0,50 Ml., Tischler der Firma Oskar Dehmelt 5,70 Ml., Jakob Manasse 100 Ml., F. v. L. 5 Ml., von den Arbeitern der Geschäftsbüchereifabrik Löwenthal in Brüg 7 Ml.; mit den gestern quittierten 647,25 Ml. in Summa 802,50 Mark.

## Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Der gestrige Tag der Stadtverordnetenversammlung war wieder ein Tag großer, auf höherem Niveau stehender Debatten. Es handelte sich um die Generaldiskussion des Stadthaushaltsetats, die mit einer etwa einstündigen Rede des Herrn Oberbürgermeisters, dem jährlichen Verwaltungsbüro des Magistrats gewissermaßen eingeleitet wurde. Die Schilderungen unserer kommunalen Verhältnisse seitens des Stadtoberhauptes sahen freilich erheblich besser aus, als wie die Reden desselben Herrn gelegentlich der Berathung der Schlachtfelder. Damals Alles in den dunkelsten trübseigsten Tönen gehalten, ein herzbrechend trauriges Bild unserer zukünftigen kommunalen Verhältnisse, Defizit, Entbehrung des Allernötigsten im städtischen Haushalt trotz Vermögens-Konfiskation und anderer Schändthaten etc. — heute ein heiterer, sonniger Ausblick auf die Verhältnisse unserer Stadt, hoffnungsfrohe Hinweise auf all das Schöne, das die Zukunft uns bringt, es war wirklich nett! Selbst ein Hinweis auf die Möglichkeit, in drei Jahren die Schlachtfeste abzuschaffen fehlte in dem rosig schimmernden Zukunftsbilde nicht, das Herr Bender den aufhorchenden Stadtätern vor die entzücken (?) Augen führte!

Herr Dettinger, der sich als Statredner gestern mit großem Geschick trefflicher Sachkenntnis und voller Beherrschung der Form eindrückte, ließ sehr bemerkenswerte Lieder auf manche Einzelheiten des Etats fallen. Nach ihm nahm unser Genosse Süß die Gelegenheit wahr, in seiner stadtälterlichen Jungfernrede ein klares, wohlgedachtes Programm dessen vorzuführen, was die sozialdemokratische Vertretung im Kommunalparlament zur Erfüllung ihrer nächsten Aufgaben dorfselbst anzustreben beabsichtigt. Seine Ausführungen lockten den in das Liberale überzeugten kleinen Stamm unseres Stadtparlaments, Herrn Simon, auf den Plan. Der geehrte Herr bemühte sich nicht weiter mit einer sachlichen Widerlegung dessen, was Schütz ausführte, sondern suchte diesen zu zerschmettern mit der verblüffenden "Entführung", daß das, was Schütz hier geredet hatte, schon vorher auch im Berliner Stadtverordnetensaal von den Sozialdemokraten geredet worden sei. Zur Verstärkung seiner Argumente hielt er den beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten dann noch eine Vorlesung über den unangemessenen Ton ihrer Reden, was er dann freilich auf energische Zurückweisung dieses jenes eigenen Tones durch Herrn Professor Reissner dahin redreßte, daß er nicht den Ton, sondern den ungünstigen politischen Inhalt der sozialdemokratischen Reden im Stadtparlamente gemeint habe. Seine Befürwerde über die angeblich parteiische Berichterstattung der "Volkswoche" über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung wurde von Stuhns in einer persönlichen Bemerkung zufällig zustückgewiesen. Der Etat wurde an den dafür eingesetzten Ausschuß zur Vorberathung verwiesen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung kamen in der gestrigen Sitzung u. A. folgende Vorlagen zur Verhandlung.

Bürger-Beförderungs-Anstalt. Magistrat beantragt, daß aus dem Kapitalvermögen der Bürger-Beförderungs-Anstalt zum Bau eines neuen Anstaltshauses auf dem Grundstück dieser Anstalt am Langen- und Friedrich-Garstrasse mit der Front nach der Friedrich-Garstrasse, die Summe von 266,000 Ml. entnommen und zunächst zur Befriedigung der Bauteile bei der bisherigen südlichen Sparstraße ein Lombard-Darlehen gegen Unterlegung von Wertpapieren bis zur Höhe von 200,000 Ml. zum Sicherstellen eines Zinses von 3½ % aufgenommen werde. Referent Karbe beantragt Genehmigung des Magistratsantrages; dieselbe erfolgt.

Grundstücks-Erwerb. Angenommen und beantragt, daß ein Teil des Grundstücks Garstrasse 51 im Glashüttenviertel von

65,61 Ml. pro Quadratmeter, im Ganzen also für 66,61 Ml. kauflich erworben, b) die Straße zwischen Garstrasse und Höhenplatz mit einem Kostenaufwand von 76,000 Ml. einstieg finalisiert, c) dieselbe Straße, soweit sie innerhalb des Grundstücks Garstrasse 51 verläuft, provisorisch für 12,000 Ml. befestigt und die Gesamtkosten von 85,210 Ml. dem Haupt-Extraordinarium entnommen werden. Die Vorlage war seiner Zeit den Ausschüssen IV und V überwiesen worden. Die Stadtv. Bischof und Leylas als Referenten beantragten Annahme der Magistrats-Vorlage; die Versammlung beschließt die Annahme.

Den Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten erhielt der Oberbürgermeister Bender. Redner weist auf die Überschüsse der letzten Jahre hin. Auch diesmal werden wir, so bemerkt Redner, einen erheblichen Überschuss haben, der erklärt wird vor Allem durch große Mehreinnahmen bei den Steuern. Ferner haben wir Überschüsse beim Stadtschuldenwesen und bei den Betriebsverlusten. Der Schlachthof hat einen kleinen Überschuss gebracht. Auch die Straßenbahnen geben einen Mehrbetrag. Durch die Umwandlung der Werderbahn in eine elektrische dürfte uns eine erhebliche Mehreinnahme — etwa 500,000 Ml. jährlich — zusitzen. Die Schulen werden einen Zufluss von 50,000 Ml. erfordern. Für öffentliche Bauten werden 826,000 Ml. mehr ausgegeben, bei den Kanalbauwerken 25,000 Ml. mehr. Das Grundgericht bringt weniger 64,000 Ml. Alle diese Ausgaben, die einen gewerblichen Charakter tragen, haben wir mit gutem Gewissen thun können. Wir haben eine sehr starke Abzahlung auf unsere Schulden vorgenommen; um etwa 890,000 Ml. stehen wir besser da. Auch der neue Etat ist aufgestellt auf der Basis, daß wir uns in guten Zeiten befinden. Trotzdem ist in dem Etat an Ausgaben nicht zu viel eingestellt worden, so z. B. hinsichtlich der Schulen. Gegenwärtig sind wir noch mit einigen anderen Schulhausprojekten auf den Leichäckern, in der Sand- und Ohauer Vorstadt beschäftigt. Der gegenwärtige Zustand ist sehr erfreulich, aber es liegt kein Grund zur Überschätzung der Lage vor. Wollen Sie, meine Herren, Einsparungen machen, dann können Sie dies nur an der Ausgabe, an den Einnahmen wäre nichts zu ändern. Redner bespricht die einzelnen Etats. Er bemerkt u. A., daß das Fortbildungsschulwesen bei uns, wie in ganz Preußen, im Argen liegt und größere Ausgaben für dasselbe unvermeidlich sein werden. Der Magistrat habe beschlossen, das Bavarische Vermächtnis anzunehmen. Da eine Erweiterung der bisherigen Kasernen nicht gut möglich ist, wird uns nichts übrig bleiben, als eine neue vierte Kasematte zu errichten. Auf dem Gebiete des Verkehrsweihes durfte ich Stände kommt, bald eine Besserung eintreten. Die Kasernenanlagen sind fortlaufend; ihre Höhe hängt aber zusammen mit dem Umbau der Bahnen. Beim Hafen geht der Liebhaf der Wallenburg entgegen; der Hafen läuft im Frühjahr des nächsten Jahres beträchtlich sein. Der Magistrat schlägt Ihnen die Wahl eines 13. Stadtrathes vor, dessen Anstellung notwendig geworden ist. Redner kommt schließlich auf die neue, 35 Millionen Ml. betragende Anleihe zu sprechen und schließt mit dem Wunsche, daß die Versammlung den Etat prüfen möge. (Besfall.)

Der Vorsitzende erläutert darauf die Versammlung, zum Beweise der Anerkennung der Tätigkeit des Magistrats und seiner Beamten sich von den Plänen zu erheben; dies geschieht.

Über den Stadtbauhausbudget pro 1899/1900 referiert Stadtdirektor Göttinger. Was wir für wirtschaftliche Zwecke und die Verschönerung der Stadt ausgegeben haben, wird uns reiche Früchte tragen. Wir können uns um so mehr freuen über viele Mehrausgaben, die sie möglich sind, ohne die Steuerlast also sehr in Anspruch zu nehmen. Redner geht auf die Spezialabfests ein. Von der Million Mark, die wir im nächsten Jahre als Mehrausgabe haben, entfallen 40 Prozent auf Bauten. Wir waren in der Normierung der Atmosphäre gegen die anderen Großstädte zurückgeblieben; die Säge sind jetzt erhöht worden. Unter Hauptsache auf die Haushaltungs- und Kochschule macht Redner darauf aufmerksam, daß anderwärts Anstalten vorhanden sind, in denen die Knaben einen besonderen Handarbeits-Unterricht erhalten; es wäre wünschenswert, wenn auch hier in dieser Beziehung für Knaben etwas getan würde. In der Straßenbeleuchtung macht der Etat einen Schritt nach vorwärts, der dringend notwendig ist. Im Bauetat bilden die Ausgaben für das Südende den Löwenanteil. Im vorigen Jahre sind fünf Marktauden angekauft worden, deren Einnahme in den Etat eingestellt wurden. Wir ersehen auch aus dem Etat, daß der Magistrat eine Reform des Gasthauses beabsichtigt; die Verhandlungen werden offiziell zu einer Verbilligung des Cafés führen. Redner findet es sehr bedauerlich, daß vom Schlachthof immer noch kein Verwaltungsbericht vorliegt. Der neue Etat bietet ein erfreuliches Bild von der Entwicklung unserer Stadt. Redner empfiehlt zum Schluß Übersicht des Etats an den Staatsausschuß.

In der Diskussion nimmt das Wort

Gladig-Schütz: Ich bedaure sehr, daß uns der Etat so spät zugesetzt wurde und möchte zu den Herren Kämmerer die Bitte richten, daß wir zu jüngster Zeit spätestens am 1. Februar der Versammlung vorgelegt werde, damit sie hinzichig der Gelegenheit hat, denselben vor der Etatberathung zu studiren. Der Etat ist in vielen Punkten sehr verbessерungsbefürdig. Es wurde schon vom Herrn Referenten gesagt, daß wir hinsichtlich der Armenhäuser hinter anderen Großstädten zurückgeblieben waren; es ist notwendig, daß wir auch in dieser Beziehung diejenige Stellung einzunehmen, die einer Großstadt würdig ist. Im Armenetat ist u. A. eine Erhöhung des Honorars für die Armenpflege auf 100 Mark vorgesehen. Ich hätte es für zweckdienlicher, einige neue Armenazystellen zu schaffen. Was das Schuleben betrifft, will ich nicht die Bemühungen verneinen, die im Interesse derselben gethan wurden. Es bleibt aber in dem Bau von neuen Schulhäusern noch sehr viel zu wünschen übrig. Bei der Spezialberathung werden wir einen Antrag auf Unentbehrlichkeit der Lehrmittel in den Volksschulen stellen. Redner zieht seiner Freude Ausdruck über die Errichtung einer städtischen Volksbibliothek und einer Lesehalle. Wir den Grundbesitz auslangt, so werden wir gegen den Redner gegen die Vergrößerung von Grund und Boden. Zugleich im Zusammenhang steht die Wohnungszfrage. Das Bild der sozialen Fürsorge ist entschieden ein sehr weites. Da, wo die Stadt als Arbeitgeber auftritt, soll sie den privaten Unternehmern mit eurem Beispiel vorangehen und auch bei Vergebung von Arbeiten den Arbeitern bestimmte Vorrechten gewähren. Redner erwähnt einige markante Fälle, in denen durch das Submissionswesen die Presse sehr beeindruckt wurde. Die Arbeiter haben davon den größten Schaden. Redner weiß noch, daß man in anderen Städten wie London, Paris, ähnlich des Submissionswesens Vorrechten zum Schutz der Arbeiter gegeben hat. Wir haben alle Ursache, hier in dieser Beziehung auch etwas zu thun, wann die Arbeiter steuerfrei sein sollen. Es wäre sehr notwendig, daß wir ein Arbeitamt besäßen, welches die für die Arbeiter wichtigen Angestelltensätze zu regeln hätte. Wir werden bei den einzelnen Städt. unserer Wünsche entspringen und uns dabei nach dem Sprachworte: Bescheidenheit ist eine Seele (Heiterkeit) in bescheidenen Grenzen halten.

Stadt. Simon will schon eine Lösung gehabt haben, was hier von Schütz geredet werden würde. Was er hier vorgebracht habe, deckt sich mit den Reden, die Singer und Beghler in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung gehalten hatten. Herr Schütz ist im Streitum, wenn er glaubt, daß wir seinen Anträgen nicht freundlich gegenüberstehen werden. Die Herren Brügel und Schütz sagten zusammen: "Wir". Damit ist doch wohl gemeint, daß sich diese Herren als Vertreter der Arbeiter ansiehen; die anderen Stadtverordneten bestätigen sich als Vertreter der Bürgergesellschaft. Es freut mich, daß es Vertreter der gesamten Bürgerschaft gibt. Aber sie werden doch auch noch lernen müssen und sich dann gesetzen, einen anderen Ton anzuschlagen. Sie werden die Autonomie gegen die bürgerschaftliche Masse fallen lassen müssen und sachlich mit uns arbeiten. Dann können sie den Ruf der Autonomie des Hauses sicher sein. Redner bemerkt sodann, daß es besser wäre, die Stadtv. nicht verabschieden, sondern in der d

**Stadt. Dr. Neisser:** Mit dem zweiten Theil der Ausführungen des Vorredners bin ich einverstanden, mit dem ersten oder nicht. Insbesondere bin ich nicht der Meinung, daß ein schmäler Ton von den beiden Kollegen Bruhns und Schütz angeschlagen wurde; wohl aber zeigen die Ausführungen des Kollegen Simon eine gewisse Unimpoststät. Die Ausführungen des Kollegen Schütz waren durchaus sachlich.

Im Namen einer kleinen Gruppe zuw. ich Protest einlegen gegen die Unterstellungen, die den Herren Bruhns und Schütz gemacht wurden.

**Kämmerer Hörtz** wendet sich gegen die Ausführungen des Stadt. Simon. Es möge auf ihn (den Redner) einen komischen Eindruck, wenn Angesichts der Aufrechterhaltung der Schätzmeister die Aufhebung der Kanalgebühr verlangt wird. Die vom Stadt. Schütz angeführten Punkte dürften ja bei der Spezialberatung ihre Bedeutung finden. Es ist aus dem Herzen des Magistrats gesprochen, wenn mehr Schulhäuser gefordert werden. Wenn Herr Schütz mehr Fürsorge auf sozialem Gebiet wünschte, so glaube ich, daß die Stadt auch darin in den letzten Jahren nicht lässig war und Wärme, Kühlen, Lebewohl u. errietzt hat. Dazu werden wir aber kaum übergehen können, jedem einzelnen Unternehmer Vorschriften über die Wohne zu geben, um das ganze Leben so zu reglementieren. Redner geht des Weiteren auf einige Einzelheiten ein.

**Stadt. Heilberg** ist mit Herrn Kollegen Neisser darin einverstanden, daß Kollege Schütz seine Wünsche und Beschwerden in durchaus sachlicher Weise vorgebracht hat. Was seine Forderung der Unentbehrlichkeit der Lehramt betrifft, so würde er größter Überlichkeit aber seiner Schablonisierung gestimmt und leuten nicht etwas geben, was sie vielleicht gar nicht verlangen. Es war für mich auch komisch zu hören, daß die Schätzmeister vielleicht in drei Jahren fallen würd. Darauf glaube ich nicht, wenn wir uns nicht in den drei Jahren eingehend mit der Frage beschäftigen. Knapp bemerkte erschien mir das Hauptzweckdienstum, das doch dazu da sein soll, damit wir einmal in den Autz gaden über die Stränge idologen können.

**Stadt. Dr. Reich** machte in Sachen der Armenärzte erklärten, daß sie, weil sie mehr erregt würden, doch auch besser bezahlt werden müssten. Redner plädierte für höheres Honorar und größere Stellenzahl.

**Stadt. Simon** rechtfertigte gegen Stadt. Heilberg bezüglich der Steuerfälle. Kollegen Neisser erwiderte er, daß die Kollegen Bruhns und Schütz nicht nobwohlig haben, sich von Herrn Dr. Neisser verbündigen zu lassen. Was den Ton der Herren Bruhns und Schütz anlangt, so lag mir fern, etwa zu sagen, daß er zu rohmischen Fehlern, oder es kann doch nicht gelungen sein, daß im Abstande die Herren Bruhns so angelegt waren, als wenn hier sehr vieles fahl wäre. Die Herren Bruhns und Schütz werden gut ihm, die hohe Politik hier ganzlich folgenlassen und mir unsachlich zu arbeiten. Wenn man in der "Vollswacht" — deren ehriger Leiter ich bin — die Berichte über die Stadtverordnetenversammlung hört anzieht, so hören die Reden des Stadt. Bruhns mehrere Zeitungen ab, während die Reden der anderen Stadtverordneten fast zusammengekümmert sind. Ich bitte Herrn Bruhns um etwas mehr Objektivität, domit es nicht so aussieht, als ob die anderen Redner gar zu viel Unklar geprägt hätten.

Ein Schlusshand wird angenommen. Nach einem kurzen Schlußrede des Referenten wird der Stet zum Gruß ausrichtung überreichen.

Bezüglichlich bemerkte Stadt. Schütz, daß die Rebernehmung jeder Rele mit denen, die Bürger und Bevölkerung bei Gelegenheit der Grafschaftsverfassung in Berlin gehabt, doch nichts bezeichnet hat. Die Berliner Sozialdemokraten bereiteten eben dieselben Forderungen wie die Bremer und darum auch die gleichen Reden.

**Stadt. Bruhns** führt die ziemlich langen Berichte über seine gelegentlich der Schätzmeister verhördete geholtenen Reden auf, das besondere Interesse darin, daß die "Vollwacht"-Leiter diesen Ausführungen entgegengesetzt haben. Ich freue mich, daß Herr Simon ehriger Leiter der "Vollwacht" ist, finde aber, daß er durch diese Schrift noch nicht gekannt sei. Bent Herr Simon ist darüber bestens, daß die anderen Redner nach der "Vollwacht" viel Unrecht geredet haben und deswegen kurz behandelt werden. Ich bitte um das nicht der Redaktion, sondern den betreffenden Rednern zugedacht zu werden.

**Stadt. Simon** erwidert, daß, wenn er durch die Leitung der

"Vollwacht" nicht viel gelernt habe, dies wohl an den Artikeln der selben liegt.

Schluss der Sitzung um 7½ Uhr Abends.

\* Von der Pferdebahn. Die Aktionäre haben, wie berichtet wird, in der gestern abgehaltenen Generalversammlung einstimmig den zwischen dem Magistrat und dem Gesellschaftsverein vereinbarten Vertragsentwurf angenommen, welcher die Bedingungen über die Konzessionsverlängerung der Straßenbahn enthält. Der Vertrag wird nunmehr die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen.

\* Der Breslauer Konsum-Verein hält am Donnerstag, den 2. März, Abends 8 Uhr, in Böschers Restaurant, Neue Gasse 16 (Portal 2) seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Der Geschäftsbericht, Rechnungsabschluß, Bereithaltung des Überbautes v. 1898 und Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrates und Vertretung zweier Präses bzw. Kooperationsräte.

\* Unglücksfall. Ein Schiffer aus Kotitz, der bei einem Haschtagenvergnügen einen Schimmel ritt, stürzte, als das Pferd plötzlich geschlagen wurde, herunter und wurde von dem Pferde getreten, wobei er einen Bruch des rechten Unterschenkels erlitt. Der Verunglückte wurde im Krankenhaus der Barnitzigen Brüder untergebracht.

\* Feuer. Gestern Vormittag 9 Uhr 11 Minuten wurde die Feuerwehr nach Matthesstraße 183 gerufen. Ancheinend in Folge unordentlichen Umgehens mit einer Petroleumlampe waren eine Bettstelle, Bettw. einige Kinder, verschiedene Kleidungsstücke, Wirtschaftsgut, die Bodenbeschläge und ein Teil der Dachkonstruktion in Brand gerathen: das Feuer wurde mit einer Gasflasche, die später durch einen Feueranten erzeugt wurde, gelöscht. Um 10½ Uhr lebten die Fahrzeuge nach den Wachen zurück. — Sonntags Nachmittag geriet auf unbestimmte Weise auf Karlowitzer Terrain zwischen der Rosenthaler und der Hundsfelder Straße ein Wagen in Brand. Durch die Feuerwehr wurde das Feuer bald erstickt.

\* plötzlicher Tod. Am 18. d. Monats starb ein der Morghauptmeierei ein älterer Herr und zog zusammen. Der Tod war durch Herzkrankheit veranlaßt worden.

\* Leichenzund. Gestern Sonntag wurde bei den Häusern an der Burgstraße die Leiche eines ungefähr 30 Jahre alten Mannes aus der Erde exhumiert. Die Leiche, die schon mehrere Wochen in der Erde gelegen haben dürfte, wurde der Anatomie zugeführt.

\* Aus dem Polizeibericht. Am das Polizei-Gefängnis wurden am 18. und 19. d. Monats 52 Personen eingeliefert. Gefangen wurden: ein Gedankband, ein erster Tochterfrager, ein Sohn zurückgelassene Handtasche ein Federfeder, eine Luftröhre, eine kleine Goldanhänger mit Kreuz und drei Füchsen. — Abhanden kamen: eine lange schwarze Damenschürze, eine goldene Damenuhr mit Dorothea, eine goldene Taschenbüchse mit zweiteiliger Kette, ein goldenes Siegelring, eine goldene Haarschale mit goldenem Herzen, ein goldenes Medaillon, eine weißblaue Bluse, ein Hundekalb und ein Bettwams mit 200 Pf.

**Zobten**, 20. Februar. Begeht Tötung eines hemmlos geborenen Kindes wurde im Stadtb. eine Stellenbesetzungsbedrohung. Sie hatte die kleine Tochter im Gewebe ihres Vaters vergraben.

**Trebnitz**, 20. Februar. Durch den Schußtag eines als böseste bekannten Pferdes ist der einzige Sohn der Bauerin, bewohnt im Schmidtschen Hofe, sterblich verletzt worden. Trotz dringender Hilfeleistung starb er nach zwei Tagen an den erlittenen Verletzungen.

**Wehlen**, 19. Februar. Gestern. Das Wirtschaftsgebäude des Gutsbezirksdorfes Zöhlitz im Wehlen, am Scheuer, Stall und Scheunen brannte, brannete mit allen Streichvermögen, bis auf Eisen, Blechdämmen und Ziegelnurden vollständig nieder. Es wird ebenfalls Brandstiftung vermutet.

**Güben**, 20. Februar. Die verehrte Kämmererstelle. Redden am 1. Oktober der Kämmerer unserer Stadt, Herr Schlosser, starb am 20. Februar, soz. vor 25 Jahren verstorben. Er wurde ihm Gott als Nachfolger gewünscht werden.

**Oppeln**, 19. Februar. Gestern. Beim Abholen der Städte verunreinigte grauer Stein der Güterzettel Pack, indem er aus einer Rangiertrasse acht, zu beiden geplaudert und ihm durch den Stein das Gesicht zerkratzt wurde. Der losen Güttede kam nicht ein Stein und war sicher.

**Kattowitz**, 20. Februar. Von den russischen Grenzsoldaten beim Überschreiten der Grenze ein Schmuggler erschossen.

**Kattowitz**, 20. Februar. Ein sonderbares Geschehen. Der Pfarrer von Michalowitz wurde gestern Nachmittag 4 Uhr von einem Einwohner aus Bittkow zu einem Kranken geholt. Der Geistliche erklärte, nur wissenden zu können, wenn ihm ein Wagen zur Verfügung gestellt werde. Der betreffende Einwohner entfernte sich und kam, wie der „Obersch. Anz.“ mitteilte, gegen 6 Uhr mit einem Fuhrwerk zurück. Und worin bestand dieses „Fuhrwerk“?

**New-Bautzen**, 20. Februar. Todtschlag. Der Schleppwagen aus Neu-Bautzen wurde am 15. d. Monat auf dem Platz vor dem Palengau'schen Gasthaus zu Neu-Bautzen von dem Arbeitsspielzeug mit einem Bierdeckel derart an dem Kopfe verlegt, daß gestern an den Folgen dieser Verleugnung gestorben ist. Ein Bruder des Enkels ist im vorigen Jahre durch einen Messerstich, den ihm ein Arbeiter verübt hat, ums Leben gekommen.

### Vermischtes.

**Ein erschütterndes Bild menschlichen Elends** entrollte sich heute vor dem Schwurgericht in Meiningen. Unter der Anklagebank saß die Tagelöhnerin Anna Baumer geb. Brehm unter der Anklage, im November 1896, zu Ebenhard ihr am 6. Oktober desselben Jahres geborenes Kind weibliche Geschlechts vorläufig getötet zu haben. Die Angeklagte hat ein besseres Tage gesehen. Sie ist die Tochter eines inzwischen verstorbenen Bezirkssarztes im Bayrischen und heirathete den Landwirt Baumer in Weltkirchstadt, den sie im Jahre 1899 in Folge von Mißhandlungen, die sie häufig zu erdulden hatte, verließ. Aus der Ehe waren 5 Kinder entstanden. Die Baumer verdingte sich sodann als Dienstmädchen und lernte im folgenden Jahre einen Arbeiter kennen, dem sie sich preis gab. Diesen Fehltritt sollte sie schwer büßen. Als sie ihr Mutter fühlte, wurde sie von ihrem Liebhaber verlassen und stand — da sie von allen Mitteln entblößt war — hilflos da. Durch Beuteversuchen im Walde und andere Arbeiter tröstete sie das Leben, bis sie im Oktober 1896 einem Kind das Leben gab. Mit dem Säugling irrte sie nun, um Arbeit bittend, von Thür zu Thür. Da sie letztere nicht fand, mußte sie 14 Tage mit ihrem Kind im Walde schlafen — im November! 3 Tage lang war sie ganz ohne Nahrung. Entkräftigt an Leib und Seele entschloß sie sich, wenigstens ihr Kind von dem Elend zu erlösen. Sie nahm es auf den Schoß und erdroßelte es mit einem Tuche. Die Leiche ließ sie im Walde liegen. Dieselbe wurde, von den Thieren ernagt, später aufgefunden und führte — wenn auch erst nach Jahren — zur Entdeckung des Verbrechens. Die Angeklagte erklärte, daß sie den heutigen Tag der Sühne herbeigeschaut hätte. Unter Zustimmung mildner Umlärde schuldig gesprochen, wurde die Angeklagte zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin**, 21. Februar. Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird sich mit der Verweigerung der Bauernverbünden für die Umwehrungsmauer des Kirchhofes der Märktegallien beschäftigen.

Dem "Normans" wird aus Straßburg i. Els. mitgetheilt, daß bei dem gewaltstüchtigen Ausschuss des Landestkomitees der sozialdemokratischen Partei Elsäss-Lothringens, sowie bei den Kontrollen der elsässisch-lothringischen Parteileitung auf Requisition des Ersten Staatsanwalts am Landgericht Colmar Untersuchungen stattfinden. Bei dem Käffner Hoffmann wurden Kostenbücher und einige andere Papiere beschlagnahmt.

**Quittung.** Zum Wahlsonds gingen ein: 2. 214 Pfgold 2 Mark. 2. 229 Pfgold 1 Mark. 2. 250 Pfgold 55 Mark.

O. sch. Käffner.

### Achtung!

### Gewerbegerichtsbeiräther - Versammlung

Donnerstag, 23. Februar, Abends 8 Uhr, in Heider's Brauerei, Herrenstraße 19.

Tages-Ordnung: Gewerbegerichts-Angelegenheiten.

Der Obmann H. Brosig.

### Achtung!

### Holzarbeiter!

Den gehörten Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 25. Februar die Wahl des Delegierten zum

Gewerkschafts-Congress in Frankfurt a.M.

in folgenden Ortsen stattfindet:

Wolf, Heinrichstraße 5, Lube, Margarethenstraße 2, Stark, Bergfeld 14,

den Abends 8—10 Uhr.

Bei der Stimmburg, welche geheim ist, haben die Mitglieder ihre Buch-Nr. anzugeben.

4593

### Transport-Dreiräder

nach bewährten Systemen.

Dreirad mit Kasten vorn.

Leichteste Lenkbarkeit.

Verstärkung der Waren während der Fahrt.

4593

J. L. Bressler & Co., Breslau, Schlesische Straße 7, Harrasgasse 4/6.

### Städtische Lesehalle

Klosterstraße 38, (am Mauritiusplatz.)

### Eröffnung: Mittwoch, 22. Februar.

### Besetzung unentgeltlich.

Leisendienst: in den Wochentagen 10—2 Uhr, u. 6—10 Uhr.

in den Samstagen 11—1 Uhr, u. 5—10 Uhr.

Eintritt für jede über 12 Jahre alte Person.

### Das Kuratorium.

4593

www

&lt;p